

8. Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur

Es scheint, dass sich mit dem Beschluss des Bundestages zur Errichtung eines Einheits-Denkmal ein geschichtspolitischer Bogen schließt. Wurden Gedenkstätten früher bisweilen als (Un-)Orte der „negativen Erinnerung“ eingeschätzt, sind sie heute sowohl Mahnmale für eine schreckliche Vergangenheit, die sich nicht verdrängen lässt, als auch Nachweis dafür, dass man mit dieser offen und zukunftsgerichtet umgehen kann. Das in ihnen erbrachte bürgerschaftliche Engagement, anfangs des öfteren bekämpft, später dann vielfach hoch gelobt, schafft den Grund für eine freiheitliche und demokratische Erinnerungskultur, die sich im Klaren ist über ihre Vergangenheit und damit der Zukunft zuwenden kann. Aleida Assmann, Professorin für Anglistische und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Konstanz, interpretierte dieses Engagement auf dem 77. Deutschen Archivtag 2007 in Mannheim als „Demokratisierung durch Ehrenamtlichkeit“.



Der jüdische Friedhof in Rexingen.
© Foto: Markus Page

Gedenkstätten bedürfen der Menschen, die sich erinnern lassen.

Positive Signale: Landesfamilienpass und Fremdenverkehr

Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte darf nicht nur Gegenstand des Geschichtsunterrichts sein. Die LpB unterstützte und übernahm daher eine Initiative des Sozialministeriums, die Gedenkstätten des Landes in die Gutscheinkarte zum Landesfamilienpass aufzunehmen. Fast alle Gedenkstätten haben inzwischen kinder- und jugendgerechte Angebote, die für Besuche von Familien geeignet sind. Die Gutscheinkarte ermöglicht in vielen Gedenkstätten den kostenlosen Eintritt oder auch kinder- und jugendgerechte Führungen zu reduzierten Preisen und anderes mehr.

Ein durchgreifender Wandel kann auch im Verhältnis zwischen Gedenkstätten und Fremdenverkehr festgestellt werden. Noch vor kur-

zer Zeit verzichtete man – aus unterschiedlichen und zum Teil auch respektablen Gründen – auf eine Erwähnung unter den „Sehenswürdigkeiten“ des Ortes. Heute werden Gedenkstätten ganz selbstverständlich als Teil des Erlebnisraumes für Urlauber und Ausflügler vorgestellt. Das ist gut so, denn Gedenkstätten bedürfen der Menschen, die sich erinnern lassen.

Gedenkstätten, Archive und Museen – Schnittstellen und Abgrenzungen

Der 77. Deutsche Archivtag vom 25. bis 28. September 2007 in Mannheim stand unter dem Titel „Lebendige Erinnerungskultur für die Zu-



Podium „Archivische Erinnerungsarbeit im gesellschaftspolitischen Diskurs“, von links: Dr. Holger Krahnke (Stadtarchiv Petershagen/Eggersdorf), Dr. Maria Rita Sagstetter M.A. (Staatsarchiv Amberg), Julia Besten (Archiv- und Museumsstiftung Wuppertal), Dr. Peter Pfister (Archiv des Erzbistums München und Freising, München) und Konrad Pflug (LpB, Stuttgart)

kunft“. In der Sektion „Archivische Erinnerungsarbeit im gesellschaftspolitischen Diskurs“ konnte Konrad Pflug als zuständiger Fachreferent die Gedenkstättenarbeit der LpB für das Land Baden-Württemberg vorstellen. Sein Thema lautete: „Im Netzwerk von Geschichte und Verantwortung: Die Gedenkstätten zwischen Dokumentation, Erfahren und Erleben“. Er ging dabei auf die inhaltlichen Überschneidungen und Abgrenzungen von Archiven, Museen und Gedenkort ein. Die Schnittmengen und daraus resultierende Fragestellungen sollen auf einer Fachtagung im Jahr 2008 angegangen werden.

Gedenkstättenpädagogik ist Extremismovorbeugung

Erinnerungsarbeit braucht Standpunkte und Perspektiven. Ein Standpunkt ist das „Nie wieder!“ Perspektiven sind die Menschenrechte, das Grundgesetz und die Landesverfassung. Jugend- und Erwachsenenbildung stoßen dabei zunehmend auf zwei Schwierigkeiten: Die Realitäten der Diktatur sind inzwischen für viele zeitlich so weit entrückt, dass wirkungsmächtige Tatsachen wie Anpassungsdruck oder Bedrohung durch Verfolgung nur noch schwer vermittelbar sind. Andererseits werden Demokratie und eine offene Gesellschaft für so selbstverständlich und gegeben angenommen, dass ihre Gefährdung und die Notwendigkeit des Einsatzes aller für sie oft schwer zu vermitteln sind – speziell dann, wenn die Leistung von Staat und Politik nur noch am persönlichen Wohlergehen gemessen wird. Auch die Leiterkonferenzen der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung im Juni 2007 in München und im Novem-

ber 2007 in Saarbrücken beschäftigten sich mit der Gedenkstättenarbeit. Im Mittelpunkt standen die Konzeptionen der neuen Gedenkstätten und die Bekämpfung des Rechtsextremismus mit den Mitteln der politischen Bildung. Von großem Interesse war ein Gespräch mit der Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Charlotte Knobloch, über die Sicht der Juden in Deutschland auf die Gedenkstättenarbeit und aktuelle Fragen der Integration der neuen jüdischen Gemeinden.



Charlotte Knobloch, Vorsitzende des Zentralrates der Juden und Konrad Pflug, LpB

Gedenkstätten sind Orte der Vergangenheit, die jetzt Zukunft brauchen

Die Gedenkstättenarbeit der LpB geht in das zweite Jahrzehnt ihres Bestehens. Von vornherein war sie auf ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Gedenkstätten und den dort Engagierten angelegt. Deren Sachverstand muss eingebunden werden, wenn die Förderung sach- und bedarfsgerecht sein soll. Auch von ihnen wird die Notwendigkeit einer zeitgerechten Anpassung der Förderung und Unterstützung gesehen. Innerhalb der „Landesar-

beitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen Baden-Württemberg e. V.“ läuft ein Diskussionsprozess, wie die zweite Dekade zu gestalten sei. Dazu hat der Sprecherrat unter der Überschrift „Gedenkstätten in Baden-Württemberg – Orte der Vergangenheit, die jetzt Zukunft brauchen“ ein Positionspapier erarbeitet. Bereits im Sommer 2007 in den Grundzügen im Kuratorium der LpB vorgestellt, soll es nun in die öffentliche und parlamentarische Diskussion einfließen.

Auf dem Weg zur regionalen Vernetzung

Gedenkstätten entstanden zumeist aufgrund einzelner lokaler und oft auch isolierter Initiativen. Nachdem mit der kontinuierlichen Förderung eine relativ gesicherte Basis geschaffen wurde, gibt es nun Spielräume für weitere pädagogische und kulturelle Aktivitäten und Kooperationen. Besonders in Landesteilen, in denen sich mehrere Gedenkstätten befinden, werden

inzwischen regionale Arbeitsgemeinschaften aufgebaut, deren Ziel es ist, durch gemeinschaftliches Planen, Organisieren und Werben den administrativen Aufwand zu reduzieren, Doppelarbeit zu vermeiden und Spielräume für die inhaltliche Arbeit zu gewinnen. Konkrete Schritte dazu erfolgten bereits in den Kreisen Schwäbisch Hall und Zollernalb wie auch im Zug der Planungen für das Biosphärengebiet Schwäbische Alb. Für die „Neckarlager“, für Hohenlohe und im Südbadischen sind sie angeregt.

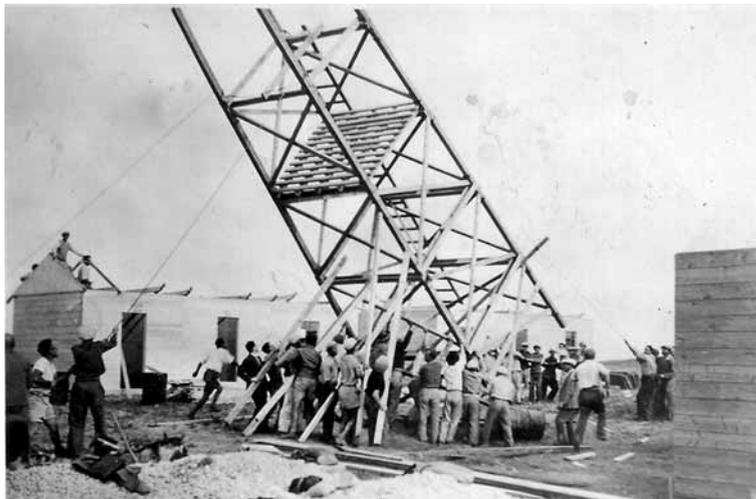
Neuausrichtung der Gedenkstättenförderung auf Bundesebene

In demselben Zusammenhang steht die Überarbeitung der Gedenkstättenförderung durch den Bund. Während bisher der regionale und dezentrale Charakter der Gedenkstättenlandschaft betont wurde, sollen nun die „national bedeutsamen Gedenkstätten zur NS-Terrorherrschaft“ in den Mittelpunkt der Förderung gerückt werden. Die Neukonzeption begünstigt zentrale, große Einrichtungen. Dadurch entstehen für baden-württembergische Gedenk- und Erinnerungsstätten Nachteile gegenüber anderen Bundesländern im Hinblick auf die weitere Förderung durch den Bund. Die LpB ist der Auffassung, dass bei angemessener Anwendung der Kriterien auch Gedenkstätten im Land, wie etwa Königsbronn, Grafeneck oder Ulm, in eine kontinuierliche Förderung durch den Bund aufgenommen werden müssten.

Ebenso unerfindlich bleibt die Tatsache, dass bei der angestrebten Verbesserung der Förderung der SED-Gedenkstätten die einzige im Westen – die „Sammlung zur Geschichte der DDR“ in Pforzheim, geschaffen von ehemaligen DDR-Bürgern – nicht berücksichtigt wird. In diesem Fall wird deutlich, dass die viel beschworene Anerkennung langjährigen ehrenamtlichen Engagements im Konzept des Bundes zu kurz kommt.

70 Jahre Auswanderung Rexingen-Shavei Zion – 60 Jahre Israel

Am 6. Februar 1938 verabschiedete die jüdische Gemeinde in Rexingen bei Horb mit einem Festgottesdienst in ihrer Synagoge mehrere Familien, die sich für die Ausreise nach Palästina entschieden hatten. Sie grün-



Aufrichtung des vormontierten Wach- und Wasserturms.
Foto: Hans Bloch, Shavei Zion

deten am 13. April 1938 zusammen mit anderen Flüchtlingen aus Deutschland das Dorf Shavei Zion (Rückkehr nach Zion) in Westgaliläa, am Mittelmeer, unweit der libanesischen Grenze. Diese Gruppenauswanderung ist ein einzigartiger geschichtlicher Vorgang. Eine Ausstellung, die in Rexingen, Shavei Zion, Jerusalem und Berlin gezeigt werden soll, dokumentiert die Ereignisse. Ein Heft aus der LpB-Reihe MATERIALIEN hilft, das Geschehen für den Schulunterricht zu erschließen.

Gegenstand der Ausstellung über Shavei Zion sind auch die schon seit Ende der siebziger Jahre bestehenden engen Beziehungen zwischen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und Shavei Zion. Jede Bildungsreise nach Israel machte seither dort Station. Unvergessen sind die Ende der sieb-

ziger Jahre organisierten Vortragsreisen des damaligen Bürgermeisters von Shavei Zion, dem aus Emmendingen gebürtigen Hans Bloch.

Zur Ausstellungseröffnung am 10. Februar 2008 in Rexingen war eine Gruppe aus Shavei Zion zu Gast, für welche die LpB ein Besuchsprogramm vorbereitet hatte. Zur Ausstellungseröffnung am 13. April 2008 in Shavei Zion ist eine einwöchige Studienreise in Vorbereitung. Der 60. Jahrestag der israelischen Unabhängigkeit am 14. Mai 2008 wird angesichts der vielen jüdischen Landsleute, die dort ab 1933 Zuflucht und eine neue Heimat gefunden haben, auch nicht unbeachtet bleiben.

Hefte für den Besuch jüdischer Friedhöfe mit Kindern

Pädagogische Erkenntnisse weisen darauf hin, dass die Erziehung zur Toleranz bereits im Kindesalter beginnen muss. In Zusammenarbeit mit dem Landesrabbiner für Württemberg, Netanel Wurmser, wurden von Luisa Eidel und Hilleke Hüttenmeister zwei Hefte für den Besuch jüdischer Friedhöfe mit Kindern entwickelt – unterstützt und gefördert vom Bereich Gedenkstättenarbeit der LpB. Sie entsprechen in der Gestaltung einem hebräischen Büchlein und erläutern das auf dem Friedhof zu Entdeckende entlang eines Liedes aus der Haggadah des Kindes, einem Schrift- und Versbuch für das Pessachfest. Die Kinder erhalten damit einen altersgemäßen Einblick in den jüdischen Glauben

und lernen, die fremden Symbole auf jüdischen Grabsteinen zu verstehen. Angesichts wiederkehrender Schändungen jüdischer Friedhöfe ist es eine wichtige Aufgabe, diese als „zugehörige Orte“ kennen zu lernen. Die Hefte sind so aufgebaut, dass sie durch Einfügen weniger Bilder per Computer ohne großen Aufwand auf jeden der 144 jüdischen Friedhöfe im Land zugeschnitten werden können. Ein Teil der Illustrationen wurde von Kindern der zweiten Grundschulklasse von Horb-Rexingen gemalt. Beide Hefte sind bei der LpB erhältlich.



Titelbild-Illustrationen wurden von Kindern der zweiten Grundschulklasse von Horb-Rexingen gemalt.

Geschichtsaufarbeitung durch unsere Außenstellen

Traditionell widmet die Außenstelle Freiburg einen Teil ihrer Arbeit zeitgeschichtlichen Themen. Das geschieht häufig in Zusammenarbeit mit regionalen Gedenkstätten, z. B. jener in Sulzburg. Gedenkstättenfahrten und Exkursionen zu ausgewählten Erinnerungsorten dienen der Aufarbeitung der nationalsozi-

alistischen Vergangenheit und der historischen Spurensuche in Südbaden und dem Elsass. 2008 wird die Landeszentrale zusammen mit dem Freundeskreis Ehemalige Synagoge Sulzburg e. V., dem Landesamt für Verfassungsschutz und der Badischen Zeitung eine Exkursion über „Jüdisches Leben in der Region“ anbieten, die sich auch mit dem Thema Antisemitismus in der Gegenwart auseinandersetzen und auf die jüngsten Schändungen des jüdischen Friedhofes in Ihringen am Kaiserstuhl eingehen wird.

Zum Jahresende 2007 wurde in Mannheim mit einer Konferenz zum 75. Jahrestag des Hunger-Genozids in der Ukraine („Holodomor“) 1932/33 eines Verbrechens der Stalin-Diktatur gedacht. Die Tagung ging auf die Initiative des kurz zuvor in den Ruhestand getretenen Heidelberger Außenstellenleiters, Dr. Ernst Lüdemann, und der dortigen Sachbearbeiterin, Maria Melnik, zurück. Die Konferenz mit namhaften internationalen Referenten und regem Presseinteresse fand in Kooperation mit der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft statt.

Lernen aus der Vergangenheit – Unterrichten für die Zukunft

Ein trinationales Holocaustprojekt für deutsche, kanadische und polnische Studierende wurde 2007 zum vierten Mal in Folge durchgeführt. Inzwischen sind über 150 junge Lehrerinnen und Lehrer aus diesen drei Ländern in dem Projekt qualifiziert worden. Es besteht ein internationales Netzwerk, das 2008 mit einer Internetplattform den Austausch von Lehrerfahrten und Lehrmaterialien weiter vorantreiben soll. Das Projekt wird primär aus Drittmitteln finanziert und hat inzwischen ein Gesamtvolumen von etwa 1,2 Millionen Euro erreicht. Die Finanzierung durch deutsche und internationale Stiftungen, aber auch durch Privatpersonen, unterstreicht seinen Erfolg. Federführende Partnerinstitution ist die York University in Toronto mit den Professoren Mark Webber und Michael Brown. 2007 wurde das Projekt erstmals auch vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg finanziell unterstützt.



Mahnmal in Kiew für die Opfer des Hunger-Genozids „Holodomor“.